

ARBEITSUNFÄLLE

Gefahrenzone Baustelle



Auch auf Baustellen im öffentlichen Auftrag wird der Schutz der Arbeiter nicht immer groß geschrieben. (Foto: woxx)

Mit der Sicherheit am Arbeitsplatz ist es in Luxemburg nicht gut bestellt. Vorschriften werden oft ungenügend eingehalten - und Kontrollen finden zu selten statt.

Der Helikopter der "Air Rescue" kam kurz vor Feierabend. Auf einer Baustelle in Beckerich war ein Arbeiter etwa fünf Meter in die Tiefe gestürzt. Als er eine Verschalung habe abmontieren wollen, sei ihm plötzlich schwarz vor Augen geworden, heißt es im Polizeibericht zu dem Unglück von vergangener Woche. Aus dem Bericht ging hingegen hervor, ob die Sicherheitsvorkehrungen auf der Baustelle ausreichend waren. "Das wissen wir nicht", gab ein Polizeibeamter gegenüber der woxx zu.

Der Fall ist keine Ausnahme, wie sich nach Recherchen unserer Zeitung herausstellte. Die Antwort des Polizisten verdeutlicht vielmehr, wie lässig die gesetzlich verankerten Sicherheitsbestimmungen an Arbeitsplätzen in Luxemburg umgesetzt werden. Die Kontrolle obliegt der Inspection du Travail et des

Mines (ITM). Diese führt nach eigenen Angaben jährlich etwa zehn groß angelegte unangekündigte Kontrollen durch. Zu wenig, sagen KritikerInnen.

Dabei ist die Zahl der Arbeitsunfälle in Luxemburg innerhalb von sieben Jahren um rund ein Drittel gestiegen. Waren es 1994 noch 20.215 Unfälle im Großherzogtum, verunglückten im Jahr 2001 bereits 26.472 Mal ArbeitnehmerInnen an ihrem Arbeitsplatz, wie aus der Statistik der Association d'assurance contre les accidents (AAA) hervorgeht. Das Spektrum der Arbeitsunfälle ist breit: Unter diese Rubrik fallen Bagatell-Verletzungen und leichte Blessuren ebenso wie Unfälle mit tödlichem Ausgang: Im vorletzten Jahr kamen demnach 20 Menschen am Arbeitsplatz ums Leben. Für das Jahr 2002 hat die AAA noch keine Zahlen veröffentlicht.

Lucien Sins von der AAA führt den Anstieg der Unfälle auf den enormen Zuwachs an Arbeitskräften zurück: "Es sind über ein Drittel mehr Arbeitnehmer als sieben Jahre zuvor. Und es gibt immer mehr Unternehmen." Was Sins aber nicht berücksichtigt: Die Zahl der Arbeitskräfte war bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre angestiegen - ohne dass sie zu einer Zunahme an Unfällen geführt hatte. Alex Teotonio, beim OGBL für den Bausektor zuständig - für jene Branche also, die in der Rangliste der Arbeitsunfälle hinter dem Dachdeckergewerbe auf dem zweiten Platz liegt -, sieht die Ursachen in der ungenügenden Einhaltung der Sicherheitsvorschriften: "In Luxemburg gibt es darin einiges nachzuholen", erklärt der Gewerkschafter im Gespräch mit der woxx. "Besonders kleine und ausländische Betriebe verfügen nur über minimale Standards. Oft haben sie keinen Sicherheitsbeauftragten." Ein solcher ist aber obligatorisch. Selbst auf staatlichen Großbaustellen ist es trotz gegenteiliger Beteuerungen des Bauenministeriums nicht immer weit her mit der Sicherheit.

Die Zustände auf vielen Baustellen sind dementsprechend prekär. Kranführer balancieren ohne Absicherung Material über die unbehelmten Köpfe der Arbeiter, deren Kollegen wiederum stundenlang mit dem Presslufthammer hantieren. Von Gehörschutz keine Spur. Andere klettern auf selbst gebastelten Holzpalisaden. Gefahrenschutzpläne seien sowieso meistens nur auf Großbaustellen vorhanden, so der Gewerkschafter. Bei den "schwarzen Schafen" der Branche werde hingegen die Helmpflicht schlichtweg ignoriert. "Einige karren ihre Arbeiter direkt aus dem Ausland nach Luxemburg, wo sie dann als Handlanger für einen weit unter dem Durchschnitt liegenden Lohn arbeiten. Denen werden dann nicht lange die Sicherheitsbestimmungen erklärt", weiß Teotonio. Die meisten seien Portugiesen, in deren Heimat auf Baustellen kaum Vorkehrungen zum Schutz der Arbeiter getroffen werden. Dort herrsche einfach eine andere oder keine "Sicherheitskultur", stellt Claude

Lorang von der Gewerbeaufsicht fest.

"Wir müssen die Helme nur in Ausnahmefällen tragen", erklärte unlängst ein Arbeiter auf einer Baustelle in der Hauptstadt gegenüber der woxx - eine erwiesenermaßen falsche Aussage, denn in Luxemburg herrscht wie in den Nachbarländern auch auf Baustellen Helmpflicht. "Selbstverständlich herrscht bei uns Helmpflicht", heißt es in der Zentrale derselben Baufirma. "Darauf wird strikt geachtet." Über Schutzmaßnahmen sei er nicht aufgeklärt worden, beteuert indes der Bauarbeiter. Die Aufklärung im Zuge von Weiterbildungsmaßnahmen müsse verstärkt werden, erklärt dazu Alex Teotonio.

Aufgemuckt wird selten

Eine landesweite Großrazzia im Bausektor Mitte Juli - neben der ITM waren unter anderem die Polizei und die Abteilung Arbeitssicherheit der Zollverwaltung beteiligt - hatte nicht zuletzt auch die Sicherheit als Schwerpunkt. Während der beigeordnete ITM-Direktor Lorang die Aktion als Erfolg einschätzt, wurde sie von Gewerkschaftsseite zwar als sehr medienwirksam, aber wenig effizient gewertet. Statt einiger weniger Großaktionen, müssten häufiger kleinere Kontrollen stattfinden.

Die Gründe für die Schlampe bei den Sicherheitsmaßnahmen sind für die Gewerkschaften unter anderem die immer kürzer werdenden Fristen für Aufträge und die damit verbundene hohe Zahl an Überstunden. Die Arbeiter seien schlichtweg übermüdet. Aufgemuckt wird dabei fast nie, nicht zuletzt auch aufgrund der Sprachprobleme. "Sicher ein Schwachpunkt", so Teotonio. Am schwierigsten sind nach wie vor jene, die erst gar keine Arbeitslaubnis oder Aufenthaltsgenehmigung besitzen. Die "Illegalen" sind den Gefahren am Arbeitsplatz schutzlos ausgesetzt. Bei der besagten Großrazzia der ITM gingen den Behörden 14 so genannte Schwarzarbeiter ins Netz: Sechs hatten keine Arbeitsverträge, zwei keine Arbeitserlaubnis und sechs keine Aufenthaltsgenehmigung.

"Gravierende Missstände lagen nicht vor, so dass die ITM keine formelle Schließung erlassen musste", konstatiert Claude Lorang. "Wir haben in den letzten zwei, drei Jahren enorme Fortschritte erzielt." Die Überraschungsaktionen hätten einen abschreckenden Effekt erzielt, so dass eine Trendwende zu erkennen sei. "Dennoch bleibt viel zu tun", räumt Lorang ein. Schließlich koste jeder Arbeitsunfall das Sozialversicherungssystem im Schnitt rund 50.000 Euro. Der gesamte wirtschaftliche Schaden gehe in die Milliarden. Dagegen wirken sich die Bußgelder, die nach Auskunft der AAA wegen eines Verstoßes gegen die Sicherheitsvorschriften erhoben werden, vergleichsweise mickrig aus: Die belaufen sich auf 2.500 bis 10.000 Euro.

Stefan Kunzmann

LSAP in der Übergangsoption

"Mir hun nët ugerappt wi d'Efalten", rechtfertigte LSAP-Fraktionschef Jeannot Krecké am vergangenen Mittwoch den etwas trägen Oppositionsstil seiner Partei. Außer der Tatsache, dass das Presseessen unter einem rot-blau gestreiften Baldachin stattfand - nur ein Zufall! - gab es keine Aussagen über mögliche Koalitionen nach den nächsten Wahlen. Dafür warf Jeannot Krecké der Regierung jede Menge Unterlassungen vor. "Sie hatte große Pläne, zum Beispiel zur Regelung der Sterbehilfe und der Lebenspartnerschaft. Was ist davon übrig geblieben?", fragte er.

Verständnis für die Regierung äußerte Fraktionschef dagegen in der Bauschuttfrage und bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Er betonte, die schlechte Umsetzung an sich guter Gesetzesprojekte, wie das zur Uni Luxemburg, mache es der LSAP schwer, dafür zu stimmen. Dabei wolle seine Partei doch lieber Verantwortung zeigen als blinde Kritik zu üben. Ob es sich bei der jetzigen Regierung um eine Übergangsregierung handle, werde sich im Juni nächsten Jahres zeigen, so Krecké. Eines jedenfalls hat diese Rede klar gemacht: Auch ein Jahr vor den Wahlen sieht die LSAP in ihrer Oppositionsrolle weniger eine Chance, Profil zu zeigen, als vielmehr ein lästiges Intermezzo zwischen zwei Regierungsbeteiligungen.

Eurostat-Verträge gekündigt

Als Konsequenz aus dem Betrugsskandal um das in Luxemburg ansässige europäische Statistikamt Eurostat hat die Europäische Kommission beschlossen, ihre Verträge mit der Firma Planistat sowie drei weiteren Auftragnehmern zu kündigen. Das teilte die Kommission in einer Pressemitteilung am Donnerstag mit. Für den OGBL ein Grund, aktiv zu werden: Die Gewerkschaft sorgt sich um das Schicksal der Firmenangestellten von Planistat, CESD, 2SDA sowie TES und befürchtet im schlimmsten Fall sogar den Konkurs der betreffenden Unternehmen.

In einem Schreiben der Gewerkschaft der Europabeamteten "Europäische Solidarität" stellte sich deren Präsident Jacques Frankin ebenfalls vor die betroffenen MitarbeiterInnen und kritisierte zudem, dass offenbar während einer außerordentlichen Sitzung der Budgetkontrollkommission des Europaparlamentes der Standort Luxemburg aufgrund des Skandals diskreditiert worden sei.

Einzigartig unsicher

Von einer "gewaltigen Leistung" sprach Bauenministerin Erna Hennicot-Schoepges anlässlich der Eröffnung der umstrittenen Saarautostrasse und lobte zugleich die einzigartige und vorbildliche Sicherheit des anderthalb kilometerlangen Markusberg-Tunnel. Die uneingeschränkten Lobeshymnen erstaunen: Bereits zwei Tage vor der offiziellen Eröffnung (am Dienstag) hatte der deutsche TÜV anhand einer Unfallsimulation zur Überprüfung der Sicherheit im Tunnel festgestellt, dass Teile der Sicherheitssysteme offensichtlich nicht funktionieren. Der zweispurige Tunnel darf deshalb vermutlich nur einspurig befahren werden - Staus sind also weiterhin vorprogrammiert.

Ungewöhnliches Hass-Bündnis

Eine außergewöhnliche Allianz hat sich in den vergangenen drei Jahren im französischsprachigen Internet gebildet. Rechtsextreme christliche Kräfte und jüdische Extremisten predigen dort Hass auf alle Araber und Muslime. Dies geht aus einem kürzlich veröffentlichten Dossier der französischen Antirassismus-Organisation MRAP hervor. Verantwortlich für die Hetze sei das rechtsradikale "Libertyweb"-Netzwerk. Dies hatte sich zwar im Frühjahr aufgelöst, weil sich die Mehrheit der Anhänger von Jean-Marie Le Pen den Irakern nahe fühlten. Mittlerweile soll die Hass-Allianz aber wieder neu belebt worden sein, vermuten die BeobachterInnen von MRAP. Im Visier der Extremisten stehen nicht nur liberale Zeitungen wie Le Monde oder die französische Presseagentur AFP, sondern auch Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac: Dieser wird nicht nur als "Ben Shirak" bezeichnet, sondern ist auch Mordaufrufen ausgesetzt. Außerdem rufen die Libertyweb-Nachfolger zu Anschlägen auf Moscheen auf.